



**DIE LINKE.**

Fraktion im Landeswohlfahrtsverband Hessen

**Aktuelle Post aus der Verbandsversammlung  
des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen  
vom 16. Oktober 2019 (1)**

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser!

Wir - die Fraktion Die LINKE. - möchten unsere Arbeit in der Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen vorstellen. Nach unserem Verständnis sollte Politik transparent sein und nicht im stillen Kämmerlein stattfinden.

Also bieten wir diese Information zeitnah nach einer Verbandsversammlung an und kommen auch gerne mit Ihnen ins Gespräch.

Sollten Sie kein Interesse haben, verstehen wir das.

Schicken Sie einfach eine mail, wenn sie diesen Brief nicht haben wollen.

Sie können ihn aber auch weiterempfehlen und unter unserer mail-Adresse bestellen.

Für Anregungen, Kritik und Gespräche sind wir offen.

Sprechen sie uns an, wenn Sie ein Anliegen haben.

Wir freuen und über einen konstruktiven Austausch mit Ihnen.

Mit besten Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Faulhaber'.

Gabi Faulhaber  
für die Fraktion DIE LINKE.  
im Landeswohlfahrtsverband Hessen  
Usagasse 23  
61169 Friedberg

[www.die-linke-im-lwv-hessen.de](http://www.die-linke-im-lwv-hessen.de)  
[info@die-linke-im-lwv-hessen.de](mailto:info@die-linke-im-lwv-hessen.de)



## Wir sind die Fraktion DIE LINKE. im LWV:



*Anna Hofmann  
(Geschäftsführerin der  
Fraktion, Marburg-  
Biedenkopf),  
Dorothe Jünemann (Kassel),  
Matthias Gropalis  
(Wiesbaden),  
Gabi Faulhaber (Fraktions-  
vorsitzende, Wetterau),  
Walter Busch-Hübenbecker  
(stellv. Fraktionsvorsitzender,  
Darmstadt-Dieburg)  
und Lothar Reininger (Mitglied  
im Verwaltungsausschuss,  
Frankfurt).*

### **Unsere bisherige Arbeit in der Verbandsversammlung:**

Zu Beginn der Wahlperiode ging es darum, dass der LWV überörtlicher Träger der Eingliederungshilfe bleibt. Vor allem die wohlhabenden Städte der Rhein-Main-Region würden gerne das Solidarprinzip auflösen, denn sie zahlen große Beträge zur Finanzierung der Eingliederungshilfe, um finanzschwache Landkreise mitzufinanzieren. Wir konnten diesen Angriff auf das Solidarprinzip in den meisten Kreistagen und Stadtparlamenten kreisfreier Städte zur Sprache bringen. So trugen wir dazu bei, dass der LWV auch weiterhin überörtlicher Träger der Eingliederungshilfe blieb.

Die Fraktion DIE LINKE. wandte sich konsequent gegen Vorhaben, die Rotstift und alleinige Ausrichtung an Wirtschaftlichkeit zum Ziel hatten.

Wir haben Vorschläge zur Demokratisierung des LWV eingebracht und für eine bessere Öffentlichkeitsarbeit. Nach der AfD-Anfrage im Bundestag, in der Behinderung mit Inzucht und Migration in Verbindung gebracht wurde, forderten wir mit einem Antrag die Distanzierung von solchem Gedankengut. Leider war die Verbandsversammlung nicht stark genug, sich von der AfD zu distanzieren.

Natürlich beschäftigt uns aktuell vor allem die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in Hessen. Dazu haben wir kürzlich eine Fachtagung durchgeführt. Dazu finden Sie eine Zusammenfassung auf unserer homepage [www.die-linke-im-lwv-hessen.de](http://www.die-linke-im-lwv-hessen.de).

Unsere Fraktion besucht Einrichtungen und Beratungsstellen, um sich die ersten Erfahrungen und Probleme aus der Praxis anzuhören. Wir sind gerne ansprechbar. Die Sichtweise erfahrener Akteure im Bereich der Eingliederungshilfe ist uns sehr wichtig.

## **Aus der Verbandsversammlung vom 16. Oktober 2019:**

### Antrag DIE LINKE.: Keine Schließung des Klinikums Weilmünster

Die Fraktion DIE LINKE. im Landeswohlfahrtsverband brachte in die Verbandsversammlung des LWV einen Antrag gegen die Verlagerung des Vitos-Klinikums von Weilmünster nach Weilburg ein. Sie finden unseren Antrag unter diesem Link: <https://www.die-linke-im-lwv-hessen.de/verbandsversammlung.html>

Die Vitos GmbH, die eine Beteiligungsgesellschaft des LWV ist, will Mittel aus dem Krankenhausstrukturfonds des Landes Hessen bekommen. Doch das Land Hessen vergibt Investitionsmittel fast ausschließlich an große Klinikkonzerne und Zusammenschlüsse. Deshalb müsste eine Modernisierung des Klinikums Weilmünster vom LWV bezahlt werden, während ein Zusammenschluss mit dem Kreiskrankenhaus Weilburg (das schon mit den Dahn-Dill-Kliniken fusioniert hat) und ein Umzug mit Neubau vom Land bezuschusst würde. Der Zusammenschluss von Kliniken unter kommunaler Regie wird also sozusagen erzwungen! Krankenhäuser werden in erster Linie als Wirtschaftsbetriebe gesehen und hübsch gemacht für Privatisierung.

Vitos sagt, der Neubau in Weilburg sei günstiger als die Sanierung. Dabei wird verschwiegen, dass bisher nur die Verlagerung der lukrativeren Bereiche nach Weilburg angedacht ist: Neurologie und Psychosomatik. Und die Kosten für einen Parkplatz sind auch nicht eingerechnet. Über die Zukunft der weniger lukrativen Bereiche - Psychiatrie und Pflegezentrum - wird keine befriedigende Auskunft erteilt.

Dann soll für die Klinik ein Nachnutzungskonzept entwickelt werden. Vitos erklärt selbst, dass Weilmünster wegen der unzureichenden Verkehrsverbindungen eher ein abgehangener Standort sei. Wie wird sich der Wegzug der Klinik für die Kommune Weilmünster auswirken? Wer soll das große verlassene Klinikum an diesem Standort kaufen oder nutzen? Und auch viele Beschäftigte werden einen Nachteil haben, wenn die Klinik aufgespalten und verlagert wird.

Die Klinik Weilmünster ist bundesweit bekannt und anerkannt. Bleibt der gute Ruf bei einer Aufspaltung der Arbeitsbereiche erhalten? Es gibt keine Garantie für den Erhalt der Qualität beim Zusammenschluss mit dem Kreiskrankenhaus Weilburg! Bisher scheint es wenig Kooperation zu geben. Liegt das nur an der örtlichen Tennung?

DIE LINKE. stellt sich Gesundheitsversorgung eher dezentral vor. Wir sehen es so, dass diese großen Zusammenschlüsse und Klinikkonzerne zu Strukturschwäche führen - besonders in den ländlichen Regionen. Wir finden überhaupt nicht, dass die Zahl der Kliniken abgebaut werden müsste oder gar halbiert, wie das kürzlich eine Bertelsmann-Studie vorschlug. Statt zu zentralisieren und Gesundheit noch mehr zu einer Ware zu machen, wollen wir eine dezentrale Versorgung der Bevölkerung.

DIE LINKE. findet auch nicht, dass der LWV bzw. Vitos sich an dieser Entwicklung zur Zentralisierung beteiligen sollten. Leider geht die hessische Gesundheitspolitik genau in diese Richtung!

## **Aus dem Sozialausschuss vom 23. September 2019:**

### Antrag der CDU: Bereitstellung von Wohnflächen, bzw Wohnraumstrategie 2030

Der Antrag der CDU fordert, dass Freiflächen auf Liegenschaften des LWV bzw. Vitos danach überprüft werden, ob sie nicht mit bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum bebaut werden könnten. Dazu soll ein Konzept erstellt werden. Die Begründung scheint nachvollziehbar: Besonders in den Ballungszentren wird nach Baugrund gesucht. Das ist auch die Aussage der Hessischen Landesregierung. Die sagt, es fehle nicht an finanziellen Mitteln für den Bau von bezahlbarem Wohnraum, sondern an geeigneten Flächen.

Die Fraktion DIE LINKE. ist nicht grundsätzlich gegen ein Konzept Wohnraum 2030. Es gibt jedoch zwei bedenkliche Punkte:

Erstens befinden sich die meisten der Liegenschaften nicht in den Ballungsgebieten. Zweitens wurden die wahrscheinlich wahren Absichten einiger Fraktionen während der Debatte im Sozialausschuss überdeutlich.

Der Antrag wurde von der CDU mit großer Dringlichkeit eingebracht. Man müsse einen solidarischen Beitrag zum bezahlbaren Wohnen leisten und auch Verantwortung übernehmen.

Sofort begann eine skurile Debatte, in der es ausschließlich um den Verkauf von Flächen ging und wie private Investoren gefunden werden könnten. Lediglich der erste Beigeordnete Dr. Jürgens verwies darauf, dass die meisten LWV-Liegenschaften nicht in den Ballungsgebieten sind. Er ging in der Euphorie unter, die sich breit gemacht hatte.

Die Vertreterin der Linken, Gabi Faulhaber, äußerte am Schluss der Debatte ihr Befremden über den Verlauf der Diskussion. DIE LINKE. werde sich jetzt um so genauer ansehen, welche konkreten Vorschläge zur Wohnraumstrategie 2030 eingebracht würden.

Der CDU-Antrag wurde in die Ausschüsse verwiesen.

## **Nachtag aus der Verbandsversammlung vom 21. Juni 2019:**

### Antrag DIE LINKE.: Einrichtung eines zentralen Fachbereichs Sozialplanung

Wir weisen hier nur kurz auf diesen Antrag hin. Er wurde zwar abgelehnt aber das Thema erscheint uns sehr wichtig. Das BTHG sieht die Beachtung von Sozialräumen zwingend vor, ohne zu definieren, was darunter zu verstehen ist. Eine Consultingfirma, die den LWV berät, schlug vor, Menschen mit Behinderung sollten zuerst alle Möglichkeiten in ihrem Sozialraum nutzen. Es ist also in Zeiten der Sparpolitik durchaus denkbar, dass jemand auf seltsame Ideen kommt. Zum Beispiel: Erst müssen örtliche Initiativen genutzt werden, bevor der LWV aktiv wird. Eine eigene Sozialraumplanung will der LWV nicht selbst angehen. Sie finden den Antrag mit Begründung hier: <https://www.die-linke-im-lwv-hessen.de/verbandsversammlung.html>

**Vielen Dank für Ihr Interesse!**

**Fraktion DIE LINKE. Im Landeswohlfahrtsverband Hessen**